

S. 4 + 5 Bund jüdischer Soldaten/
Tagung 18./19. November

Evangelischer
Pressedienst

epd

Zentralausgabe

Frankfurt am Main ■ www.epd.de

Dienstag, 20. November 2007 ■ Nr. 224

Aus dem Inhalt

Theologe und Publizist Jörg Zink wird 85	2
Wenige Tage vor Neuwahlen ist die Jüdische Gemeinde in Berlin heillos zerstritten	3
Mixa beklagt fehlende Geschlossenheit der christlichen Kirchen	6
Grünen-Politiker Beck klagt gegen Kardinal Meisner	7
Union fordert erneut Verbot von Dignitas	7
Bundesweite Aktion „Straßenkind für einen Tag“ in Leipzig gestartet	9
DGB fordert Regierung zum Kampf gegen Altersarmut auf	10
Dritte Welt und Entwicklung	
Hilfen für Wirbelsturm-Opfer in Bangladesch aufgestockt	17
UNICEF startet Spendenshop im Internet	18
Weltbank-Chef Zoellick: Keine Entwicklungshilfe ohne Klimaschutz	19

Herausgeber / Verlag: Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik (GEP) gGmbH, in Frankfurt am Main. GEP-Direktor: Jörg Bollmann. GEP-Verlagsleiter: Frank Hinte. Chefredakteur der epd-Zentralredaktion: Dr. Thomas Schiller. epd-Landesdienste Nord (Hamburg), Ost (Berlin), Niedersachsen-Bremen (Hannover), West (Düsseldorf), Hessen (Frankfurt am Main), Rheinland-Pfalz/Saarland (Speyer), Südwest (Stuttgart/Karlsruhe), Bayern (München).

epd-Zentralredaktion: Nachrichtenchef: Roland Kauffmann (verantwortlich); Agenturdesk Text: Renate Kortheuer-Schüring (Ltg.), Stefan Fuhr, Jürgen Prause; Kirche u. Politik: Rainer Clos (Ltg.); Stephan Cezanne, Burkhard Saul; Entwicklung u. Politik: Elvira Treffinger (Ltg.), Angela Götsche, Natalia Matter; Sozialpolitik: Markus Jantzer (Ltg.), Dirk Baas, Wolfgang Plischke; Medien u. Kultur: Volker Lilienthal (Ltg., zzt. beurlaubt), Michael Ridder, Diemut Roether (komm. Ltg.). Bundesbüro Berlin: Ann Kathrin Sost, Bettina Markmeyer.

Emil-von-Behring-Straße 3
60439 Frankfurt am Main
Postfach 50 05 50
60394 Frankfurt am Main
Telefon: 069-58098-0. Telefax: 069-58098-122.
E-mail: nachrichten@epd.de.
Monatsabo.: 68 € incl. Versand/Inland.
Online-Ausgabe: 50 €. Veröffentlichung nur im Rahmen besonderer Verträge gestattet.
Druck: Henrich Druck + Medien

Da bleibt dem „Kultuspersonal“ kaum Zeit, um die nötigen Bindungen zu den Gemeindemitgliedern aufzubauen. Unter den aus Osteuropa Eingewanderten fehlt es neben deutschen Sprachkenntnissen häufig auch an grundlegenden Kenntnissen des Judentums. In dieses Vakuum ist die weltweit größte jüdische Missionsbewegung Chabad Lubawitsch mit einem neuen Bildungszentrum gestoßen. Die streng orthodoxen „Lubawitscher“ organisieren mittlerweile einen Großteil der sozialen Aktivitäten in der Gemeinde.

Dass den Zentralrat der Juden die Konflikte und das chronische Defizit in der Gemeindekasse nicht unberührt lassen, hat die Kandidatur von Stephan Kramer gezeigt. Nach wenigen Tagen musste der Zentralrats-Generalsekretär den Hut aber wieder aus dem Ring nehmen: War es die Unvereinbarkeit des angestrebten Amtes mit seinem jetzigen Posten oder die Tatsache, dass er als Konvertit in den Augen strenggläubiger Mitglieder gar kein „richtiger“ Jude ist? Derlei Probleme hat Joffe zumindest nicht. Auch wenn in seinem Büro der Brief einer Berliner Politikerin an der Wand hängt, adressiert an den Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde, „Bischof Gideon Joffe“. (13377/19.11.2007)

Verein erinnert an Verdienste und Schicksale jüdischer Soldaten

Berlin (epd). Der Vorsitzende des Bundes jüdischer Soldaten, Michael Berger, hat an den Einsatz und die Verdienste jüdischer Soldaten im deutschen Militär erinnert. Berger sagte anlässlich der ersten Tagung des Bundes am Montag in Berlin, seine Organisation wolle einen Beitrag leisten zur Erforschung und Dokumentation der Geschichte jüdischer Soldaten sowie besonders des Schicksals jüdischer Frontsoldaten während des Ersten Weltkriegs und ihrer Familien in der Zeit der Nazidiktatur.

Der Generalsekretär des Zentralrats der Juden in Deutschland, Stephan Kramer, sicherte dem Bund jüdischer Soldaten Unterstützung zu. Der Zentralrat werde dessen Arbeit nach Kräften befördern. Zum jüdischen Leben in Deutschland gehöre selbstverständlich auch der Dienst in der Bundeswehr, betonte Kramer.

Berger und Kramer erinnerten an den 1919 gegründeten Reichsbund jüdischer Frontsoldaten. Er hatte in den 20er Jahren der Weimarer Republik bis zu 40.000 Mitglieder und vertrat damit mehr als die Hälfte der überlebenden jüdischen Frontsoldaten aus dem ersten Weltkrieg. Der Reichsbund wandte sich gegen den wachsenden Antisemitismus sowie die Verleugnung der Verdienste jüdischer Soldaten und widmete sich der Traditionspflege. Nach der Pogromnacht 1938 wurde er von den Nazis aufgelöst.

Kramer sagte, der Bund jüdischer Soldaten erinnere an die frühere Organisation, ohne historisch an sie anzuknüpfen. Der Verein ist vor einem Jahr gegründet worden. Mitglieder sind aktive Soldaten und Reservisten. Nach Schätzungen gehören der Bundeswehr rund 200 jüdische Soldaten an.

Der Vorsitzende des Bundeswehrverbandes Bernhard Gertz, sagte der „Jüdischen Allgemeinen“, angesichts der deutschen Vergangenheit sehe er die Verpflichtung, den Bund jüdischer Soldaten zu unterstützen. Der Verein erinnere an Traditionslinien, die vor der Nazidiktatur entstanden seien. Die Religionsfreiheit und -ausübung der kleinen Zahl jüdischer Soldaten sei ebenso zu gewährleisten wie die ihrer christlichen Kameraden: „Wenn es da Probleme gäbe“, so Gertz, „würde ich das erfahren und mich für eine Lösung einsetzen.“ (13392/19.11.2007)

Juden in der Bundeswehr - Der Bund jüdischer Soldaten zwischen Geschichte, Traditionspflege und Gegenwarts-Konflikten

Von Bettina Markmeyer (epd)

Berlin (epd). Der Bund jüdischer Soldaten, der sich vor einem Jahr gegründet hat, widmet sich vor allem zwei Aufgaben. Er erinnert an den Einsatz und die Verdienste jüdischer Soldaten

in den deutschen Armeen und versteht sich als Anlaufpunkt für Juden, die heute als Soldaten in der Bundeswehr Dienst tun.

Der Vorsitzende des Bundes, Michael Berger, hob auf der ersten Tagung des Vereins am Wochenende in Berlin das Besondere des Treffens hervor. Erstmals, so Berger, wendeten sich jüdische Soldaten, Vertreter der Bundeswehr, des Zentralrats der Juden und der Rabbinerkonferenz gemeinsam einem Thema zu, das vor der Nazi-Diktatur „zum Alltag im deutschen Militär gehörte: Juden als deutsche Soldaten“.

Die Bundeswehr selbst erinnert erst seit zehn Jahren an die gefallenen Soldaten jüdischen Glaubens. Zum Volkstrauertag wird auf dem Jüdischen Friedhof in Berlin-Weißensee für 395 Gefallene aus dem Ersten Weltkrieg ein Kranz niedergelegt.

Fast 100.000 deutsche Juden dienten von 1914 bis 1918 in Heer und Marine, 12.000 verloren ihr Leben. Nach dem Krieg jedoch, im antisemitischen Klima der frühen Weimarer Republik, wurden die jüdischen Veteranen geschmäht, ihre Verdienste geleugnet, ihre Auszeichnungen wertlos.

Als Reaktion gründete Leo Löwenstein 1919 in Berlin den Reichsbund jüdischer Frontsoldaten, der bis zu seiner Auflösung durch die Nazis 1938 zwischen 30.000 und 40.000 Mitglieder hatte - und damit etwa die Hälfte der überlebenden jüdischen Soldaten aus dem Ersten Weltkrieg organisierte. Der Reichsbund versuchte, durch gezielte Aufklärung den rechten Agitatoren zu begegnen und den Einsatz jüdischer Soldaten in der Armee angemessen dazustellen.

Aus heutiger Sicht hatten sich die jüdischen Männer bei Kriegsausbruch nicht anders verhalten als ihre christlichen Kameraden. 12.000 meldeten sich als Freiwillige. In den Synagogen wurde, genau wie in den Kirchen, zum Dienst am Vaterland aufgerufen. Hurra-Patrioten fanden sich unter Juden wie unter Nicht-Juden.

Mit einem Vortrag auf der Berliner Tagung, die vom Zentralrat der Juden und der Konrad-Adenauer-Stiftung unterstützt wurde, belegte der Bonner Standortoffizier Michael Esser eindrucksvoll das Schicksal jüdischer Soldaten und ihrer Familien aus dem heutigen Rhein-Sieg-Kreis. Nach 1933 wurden alle, bis auf einen mit einer Christin verheirateten Mann und einen weiteren Ex-Soldaten, der nach Dänemark fliehen konnte, von den Nazis deportiert und ermordet.

Als 1933 die Entrechtung und Verfolgung der Juden durch Hitler begann, blieben die jüdischen Soldaten durch ihren Status als Frontkämpfer zunächst länger geschützt als andere Berufsgruppen. Doch ab 1935, als alle Ausnahmeregelungen weggefallen waren, begann auch der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten, der zunächst zum Bleiben aufgerufen hatte, die Auswanderung seiner Mitglieder zu unterstützen.

Der im vergangenen Jahr am 8. November gegründete Bund jüdischer Soldaten widmet sich indes nicht nur der historischen Dokumentation und der Traditionspflege, sondern stellt sich auch der Auseinandersetzung über den Dienst von Juden in der Bundeswehr. Viele Juden standen und stehen ihm ablehnend gegenüber, andere sehen ihn als wiedergewonnene Normalität und freie Entscheidung eines jeden deutschen Staatsangehörigen - unabhängig von seinem Glauben. Eine erhebliche Rolle spielt in dieser Auseinandersetzung auch das Wissen über die Verbrechen der deutschen Wehrmacht an den Juden Europas.

Michael Berger sagt angesichts dieser Konflikte, der Bund jüdischer Soldaten werbe nicht für den Dienst in der Bundeswehr. Doch er persönlich sei überzeugt, dass Juden heute in einer demokratisch legitimierten und kontrollierten deutschen Armee „wieder ohne Angst ihren Dienst versehen können“. (13383/19.11.2007)